

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtage nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Zustellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Kreuzband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Gesamtsprecher: Kurt Roden 2895 und 2896.

Inserate sollen bis achtzehn Uhr, Anzeigen bis 12 Uhr, Werbeanzeigen des festgesetzten Wortes 60 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Anzeigen bis 20 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Gesamtsprecher: Kurt Roden 9769.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Reinhard's Vorbild.

## Der neue Gallifet.

Wer kennt nicht den General Gallifet, den Massen-Schlichter der Pariser Kommune? Bierzigtausend Proletarierleichen, ein Meer von Blut, Hohn und Spott gegen die niedergeschlagene Revolution — und an der Spitze General Gallifet als Sinnbild der triumphierenden Bourgeoisie.

Ihn, diesen Blutmenschen, hat Oberst Reinhard zu seinem Vorbild erkoren. Auf die Frage des Interviewers: „Also Gallifet?“ antwortete er laut und bestimmt:

**Sawohl: Gallifet!**

Der Mut ist ihm freilich entwichen, als das Interview veröffentlicht wurde. Das ganze Interview, so ließ er in der „Kreuzzeitung“ erklären, sei vom ersten bis zum letzten Worte erfunden. Hinterher stellte sich heraus, daß der Interviewer durch einen Mittelsmann eingeladen worden war, die Anschauungen und Absichten des Obersten Reinhard zu erfahren. Doch auch jetzt fand der Jünger Gallifets nicht den Mut zur Wahrheit. Es habe sich lediglich, so verstimmt er, um eine private Unterhaltung gehandelt, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war und in entstellter Form wiedergegeben wurde.

Wie nach seiner bekannten „Gesindel“- und „Lumpen“-Rede, hält es der Oberst mit der Vorsicht als mit dem besseren Teile der Lasterheit. Der künftige Ketter des Vaterlandes kennt die Wahrheit, sofern sie ihm unbequem erscheint. Große Worte vorher und elende Anekdote danach. Ein Feigling ist er, der Oberst, dieser neue Gallifet!

Man begreift vielleicht seinen Selbennut, wenn man sich der Worte Roskes erinnert, daß eine sofortige Entlassung des Obersten Reinhard aus seiner Stellung „eine vollständige Zerstörung seiner Existenz“ bedeutet hätte.

Voll liebevoller Rücksicht trug Roske, trotz der „Gesindel“-Rede und dem öffentlichen Bekenntnis Reinhard's zum monarchistischen Umsturz, diesem Umstande Rechnung. (Der liebe Roske, der seinen Anstand nimmt, durch Einkerkelung und Schutzhaft Hunderte von Arbeiterexistenzen zu vernichten.) Also nur um seine Existenz zu bewahren, (schütten!) Ein Oberst Reinhard das Bekenntnis zur Wahrheit. Ein Leber und Streber ist er, der Oberst, dieser neue Gallifet!

Doch was ihm hier an Mut gebricht, das findet er wieder bei seinen weltpolitischen Konstruktionen:

„Frankreich und auch England haben ein bitales Interesse daran, mit uns irgendein Arrangement zu treffen. müssen uns die Möglichkeit geben, uns wirtschaftlich herauszupaulen. Das können wir aber nur — gemeinsam mit den Westmächten — in Rußland. Da sind noch ungeheure wirtschaftliche Werte herauszuholen. Da liegt ja noch so unendlich viel brot: Rußland und das weite, weite Sibirien. Daran müssen wir uns alle ranieren.“

Mit sechs Divisionen, meint der Oberst, sei „die Geschichte zu machen“. Mit sechs Divisionen, die gegen die Bolschewisten marschieren müßten. Den General noch habe man das bereits wissen lassen. Also ein sein durchdachtes Land? nechtsabenteurer, eine Strafexpedition großen Stils im Auftrage der Entente, eine militärische Schiebung, um sich und die Monarchie „gesund zu machen“. Ein Plan, wie er nur im Kasino oder im Schieber-Casé entworfen kann, dessen Jargon er enthält. Ein Schieber ist er, der Oberst, dieser neue Gallifet!

Doch wo der Oberst Reinhard auf die Arbeiter zu sprechen kommt, da ist er eifrig. Da gleicht er Gallifet. „Ich fuhr wie ein Donnerwetter drein“ — so schildert er seine Feldtaten in Oberschlesien. „Ein paar Rädelsführer, die ich im Insten, wurden niedergeschlagen. So was muß sein. Arbeitszwang wurde ausgeprochen. ... Die Ordnung war wiederhergestellt.“

Die Anwendung dieser Methode kündigt Oberst Reinhard in großem Stile für den Winter an, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten die Not und die Unzufriedenheit auf das Höchste steigern sollten. Militärdisziplin, Strafexpeditionen, Massenerschießungen der Arbeiter. Ordnung. Und zum Wintergrunde — die Wiederherstellung der Monarchie. **Es ist aut, daß die Arbeiterschaft diese Pläne des neuen**

Gallifet kennt. Sie wird sie zu bereiten wissen. In dem Augenblick, wo er oder seinesgleichen die Hand ausstreckt, um das Proletariat an der Gurgel zu packen, da gibt es keinen Streit mehr in der Arbeiterschaft, da erhebt sie sich einig und geschlossen gegen die Konterrevolution, um mit den Methoden Gallifets endgültig aufzuräumen.

Wollen Sie das Länzlein wagen, Herr Oberst? Wir spielen Ihnen auf!

## Die Aushungerungsabsichten der Agrarier.

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters Bermuth in der gestrigen Sitzung der Berliner Stadterordnetenversammlung über die Absicht der brandenburgischen Agrarier, die Milchzufuhr nach den Groß-Berliner Gemeinden am 1. Oktober zu sperren, wenn nicht eine ihren Interessen entsprechende Erklärung über die künftige Ernährungs-politik abgegeben werde, zeigt erneut die gefährdende Lage, in die die Ernährung der Groß-Berliner Bevölkerung durch die Nachlässigkeit der Regierung gegenüber den Karawieren geraten ist. Diese Herrschaften sind von einem so grenzenlosen Maßbewußtsein erfüllt, daß sie sich eine Drohung gefallen, deren Verwirklichung Leben und Gesundheit von Millionen Menschen gefährden würde. Diese Drohung zeigt aber auch das menschliche Geistes der Deute und den krasen Egoismus, der ihr ganzes Handeln bestimmt. Die Agrarier fragen nicht danach, ob durch die Abschneidung der Milchzufuhr Kranke und Säuglinge, Kinder und Greise dem Tode überliefert werden. Und die menschliche bürgerliche Presse, die die gewaltigste Entrüstung zeigt, wenn irgend wo einige Arbeiter streiken, die schweigend zu diesem Angriff auf Leben und Gesundheit der Bevölkerung genau so, wie sie geschwiegen hat, wenn Ärzte streiken. Und die Regierung? Was gebietet sie dagegen zu tun? Wird sie gegen die streikenden Agrarier auch Streikbrechergerichte bilden und mit Kanonen und Maschinengewehren gegen sie einschreiten? Welcher Narr glaubt überhaupt, daß sie, die Befangene der gegenrevolutionären Agrarier, das überhaupt kann?

Wie groß die Gefahr ist, die der Bevölkerung droht, hat Oberbürgermeister Bermuth deutlich ausgesprochen. Er sagt:

„Damit scheint ein System der Aushungerung im Innern geplant zu sein, das unter Umständen noch weit schrecklichere Folgen zeitigen kann, als die Absperrung, die wir früher erlebt haben. (Große Unruhe, lebhaftes Zurufe.) Wenn in diesem Herbst und Winter die Kinder und Kranken Groß-Berlins noch weniger Milch erhalten ... so liegt für jedermann die Ursache klar zutage. ... Wer es mit unserem Volke gut meint, sollte einem solchen fürchterlichen Plane sich mit allen Kräften entgegenstellen. Selbst jeder einsichtige Landwirt müßte sich sagen, daß ein solcher Zustand das eigene Land mit einer Welle des Unheils überzieht. Würde diese Erkenntnis Kosten zeitigen, solange es noch Zeit ist!“

Aber diese Absichten gegen die Agrarier nicht nur gegen Groß-Berlin. Nein, im ganzen deutschen Reich soll diese Aushungerung der städtischen Bevölkerung einsehen, wenn die agrarischen Forderungen nicht erfüllt werden. Der Anfang dazu ist ja bereits seit langem mit der Zurückhaltung des Viehes und des Getreides gemacht!

## Länderverchiebung.

Berlin, 25. September.

Der Fünfertrat hat Spitzbergen Rowege gesprochen unter gewissen Einschränkungen hinsichtlich der von Fremden erworbenen Rechte und der Ausbeutung der Bergwerke.

Berner wurde auf Wunsch Portugals die Enklave von Rionga im Norden der Kolonie von Mozambique, die von Deutsch-Ostafrika getrennt wird, Portugal zugesprochen.

Die Gebiete an der Ostgrenze von Polen, die westlich der Linie liegen, die die polnischen Truppen nicht überschreiten dürfen, wurden endgültig Polen zugesprochen. Ueber die Gebiete östlich dieser Linie ist noch keine Bestimmung getroffen worden.

## Die Legende von der Arbeitsunlust der Bergarbeiter.

Bei der Erörterung der Kohlennot spielt in der gesamten bürgerlichen und zum Teil auch in der rechtssozialistischen Presse die Arbeitsunlust der Bergarbeiter eine große Rolle. Selbst die Regierung glaubt behaupten zu dürfen, daß die großen Massen den Bemühungen der leitenden Stellen, durch vermehrte Arbeitsleistung die Kohlennot zu lindern, kein Verständnis entgegenbringe.

Allen diesen Anwürfen gegenüber, die die Öffentlichkeit oberflächlich und irreführend beeinflussen, muß immer und immer wieder betont werden, daß ganz andere und verschiedene Ursachen den Rückgang der Förderung ver-schuldet haben. Schon die Laffache der internationalen Kohlennot beweist, daß es mit den Vorwürfen gegen die deutschen Bergarbeiter nichts auf sich hat.

Die wirklichen Ursachen für den Förderrückgang sind hier, ähnlich wie im Eisenbahnbetrieb, in der schlechten Beschaffenheit der Anlagen zu suchen, die durch den Raubbau, den man im Kriege in den Bergwerken getrieben hat, zum Teil völlig heruntergewirtschaftet sind. Darüber schreibt Genosse Engelbert Graf in Nr. 37 des „Sozialist“ folgendes:

„Noch Verminderung der Belegschaft, trotz der stetig infolge ärztlicher Unterernährung geringer werdenden Leistungsfähigkeit der Arbeiter, trotz der bemerzten Inanspruchnahme des Materials sollten die Fördergrößen auf möglichst gleicher Höhe gehalten werden. Das ging nur, indem man ausschließlich die besten und ergiebigsten Stöße ausbeutete, indem man bergbauliche Sicherheitsmaßnahmen außer acht ließ und den Bergbau auf Zimmern, Eisenträgern und bergl., infolge Unterlassung des Spülversches, der Trockenhaltung, der Ventilation und ganze Strecken in den Kohlenstößen zu Bruch gegangen oder ersoffen, schlagende Wetter haben sich in ihnen gesammelt, oder sie sich sonstwie unbefahrbar geworden; mancherorts hat man den Betrieb ganzer Schächte aufgegeben. Gewiß, man ist dabei, die alten Anlagen wieder in Gang zu setzen, und man ist auch dabei, eine ganze Anzahl neuer Schächte wiederzuerbauen. Aber, wer bergbauliche Verhältnisse kennt, weiß, daß dazu oft viele Monate, selbst mehrere Jahre erforderlich sind, ehe ein regelrechter Betrieb aufgenommen werden kann. Die Schwierigkeiten, mit denen der Kohlenbergbau in allen Ländern zu kämpfen hat, werden sich noch auf längere Zeit bemerkbar machen und Kräfte auf Kräfte auf allen Gebieten menschlicher Betätigung herbeizurufen.“

Die Unternehmer haben kein Interesse an der raschen Instandsetzung der Anlagen, weil ja doch „sozialisiert“ wird, Wir haben es hier also auch teilweise mit einer Sabotage der Unternehmer zu tun. Man verlangt von den Bergarbeitern die vermehrte Arbeitsleistung unter Zurückstellung besonderer Forderungen, um der dringendsten Kohlennot zu begegnen. Man hat aber noch nicht gehört, daß die Unternehmer mit gleicher Eindringlichkeit an ihre Pflichten gegenüber der Gesamtheit gemahnt worden sind.

Eine Reihe weiterer Mißstände helfen mit, den Bergarbeitern die Freude an der Arbeit nicht gerade zu erhöhen. Da ist vor allem die Unterbringung der aus den Großstädten zugewanderten Arbeiter, die jeder Beschreibung spottet. Wir erhalten fortgesetzt Zuschriften von arbeitslosen Städtern, die nach den Bergwerksbezirken abgewandert sind und sich dort für die Arbeit über oder unter Tage gemeldet haben. So hat ein Arbeiter aus der „Königsgrube“ bei Königshütte Beschäftigung angenommen, mußte sie aber sofort wieder aufgeben, da er in ganz Königshütte keine Wohnung finden konnte. Ein möbliertes Zimmer kostete monatlich 60—70 Mark, ist also viel zu teuer für einen Bergarbeiter. Die Schlafhäuser der Grube sind derartig mit Wanzen oder anderem Ungeziefer verunreinigt, daß ein anständiger Mensch nicht darin wohnen kann. Die Grubenkreien nach Arbeitern, aber für Unterkunft ist nicht gesorgt. Wie hier aus Oberschlesien, werden dieselben Zustände auch aus den westfälischen Bezirken gemeldet. Ein Arbeiter der Zeche „Adolf v. Gansmann“ in Wengde bei Dortmund, der mit vielen arbeitslosen Kollegen aus Danzig zugewandert ist, gibt uns davon eine an-

...was durch den Krieg abgenutzt ist, muß schlecht und recht weiter gehalten. Brauchte man früher für das Bohren eines Sprengloches zehn Minuten, so dauert es heute zwei Stunden. Die frisch zugewanderten Arbeiter werden sofort mit Arbeiten beauftragt, für die sie völlig ungeeignet sind, und dadurch von vornherein abgelenkt. Auch die Lohnfrage ist durchaus ungenügend geregelt. Den Arbeitslosen werden Löhne von 16,50, 17,50, 18,50 und 19,50 Mark versprochen, tatsächlich erhalten sie nur 14,50 und 15,50 Mark den Tag bezahlt. Dabei gibt es noch allehand Abzüge und Schwerefälligkeiten in der Lohnzahlung, die alle dazu beitragen, das Arbeitsverhältnis auf den Gruben so ungemütlich wie möglich zu machen. Bei den großen Kosten für den täglichen Unterhalt bleibt natürlich kaum etwas übrig für die zurückgebliebene Familie.

In der „Vossischen Zeitung“ teilt ein Student der Staatswissenschaften seine Erlebnisse und Beobachtungen mit, die er bei seiner Tätigkeit als Grubenarbeiter im Braunkohlengrubengebiet der Niederlausitz machte. Er machte den Direktor der Grube „Wilhelminens Glück“ auf die Unterbringung seiner Arbeiter aufmerksam und erlaubte sich in unverblümter Rede auf die „maßlose Schweinerei“ aufmerksam zu machen, die in und um die zum Teil neu erbauten Baracken herrscht. Er wies darauf hin, daß hier nur durchgreifende Maßnahmen helfen könnten, wie: Plausagen, Entlausungsanstalt, Stubendisziplin usw. Der Herr Direktor hatte keine andere Antwort als: „Was habe ich nicht geredet! Es hilft ja doch nichts. Die Leute wollen es nun einmal so!“ Der Artikelschreiber kommt zu dem Schluß, daß das ständige Kommen und Gehen in den Baracken eine Folge der mangelhaften Unterbringung und des geringen Entgegenkommens der Werke ist. Man solle nicht nur davon sprechen, daß die Arbeitslosen in den Großstädten nicht in den Kohlenbergwerken arbeiten wollen, sondern die Ursache auch auf der anderen Seite suchen.

Auch im mitteldeutschen Braunkohlengrubenrevier, dessen Erzeugnisse für den Hausbrand von allergrößter Bedeutung sind, zeigt sich, wie wenig den Arbeitern an der Kohlennot zuzuschreiben ist. Gerade in den letzten Tagen kommen aus verschiedenen Gegenden des Reviers Meldungen, daß die Wagensstellung immer mangelhafter wird und an manchen Tagen bereits weniger als ein Drittel des angeforderten Laderaumes betrug. Die Werke haben deshalb auf eine Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung die Verladung von Kohlbraunkohle vollkommen eingestellt, und es werden nicht unerhebliche Mengen fertiger Kisten auf Kaputt. Im Niederlausitzer Revier ist die Lage noch dadurch erheblich verschlechtert, daß die Kühlturms- und Eisenbahn wegen Mangels an Steinkohle den Güterverkehr vollständig einstellen mußte.

Singu kommt zu allem die Transportkrise. Auch hier wird den Eisenbahnarbeitern die Schuld gegeben an der mangelnden Produktion der Betriebswerkstätten. Man will den Arbeitern das Affordsystem wieder aufzwingen, um die Arbeitsleistung zu erhöhen. Der Erfolg wird natürlich gleich Null sein, da die Arbeiter die Affordarbeit entschieden ablehnen.

Will man schon die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter objektiv prüfen, so muß man auch ihre besonderen Verhältnisse würdigen. Es ist doch nachgerade ein Gemeinplatz, daß die Leistungsfähigkeit in allen Berufen und allen Bevölkerungsklassen in allen Verufen erheblich gemindert worden ist, teilweise bis zu 50 Prozent. Auf die Bergarbeiter aber trifft dies in ganz besonderem Maße zu. In der rechtssozialistischen Essener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt ein Steiger darüber folgende Sätze:

„Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß vor der Revolution im Bergbau nicht gearbeitet, sondern regelrecht geschuftet worden ist. Es gibt keine Arbeiterklasse, die, um ihr Leben zu fristen zu können, so ihre Kraft und Gesundheit zu Markte getragen hat wie der Bergmann.“

Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die sich bei kalter Befriedenheit über die faulen Bergarbeiter aufregen, aber auch diejenigen, die aus Unkenntnis der Tatsachen die Berg-

arbeiter für Schäden verantwortlich machen, die teils aus der Sabotage der Unternehmer, teils aus der Unfähigkeit der Regierung entstehen.

Nach all dem Angeführten muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß an die Lösung des überaus schwierigen Kohlenproblems mit jener ruhigen Sachlichkeit herangegangen wird, die der gewaltigen Bedeutung dieser Frage entspricht. Wir müssen besonders an die regierenden Stellen diese Forderung richten, da es doch wohl jedem Menschen auf verantwortlichem Posten klar sein muß, daß ohne die Mitarbeit und Zustimmung der Bergarbeiter einfach nichts zu erreichen ist. Ist diese Ueberzeugung vorhanden, so darf man selbstverständlich die Bergarbeiter nicht mit dem böswilligen ungerechten Vorwurf der Arbeitsunlust beladen.

## Die „Mörderzentrale“ — ein Lodspißelwerk!

Aus Halle wird uns geschrieben:

Wie zu erwarten war, hat die gesamte Presse die Kommunistenverhaftung in Halle zum Anlaß einer geradezu beispiellosen Hege gegen die Kommunisten und Unabhängigen genommen. Daß sich auch die Presse der Rechtssozialisten, vor allem der „Vorwärts“, daran beteiligte, braucht kaum noch besonders erwähnt zu werden. Mit Belegen wurde „festgestellt“, daß sowohl in Halle als auch in Berlin und anderen Orten „Mörderzentralen der kommunistischen Partei“ bestanden, die aus je sieben Mitgliedern zusammengesetzt sein sollten und in dauernder Verbindung miteinander ständen. In unserer Zeitschrift aus Halle stellten wir sofort fest, daß die Kommunistenverhaftung lediglich das Werk gegenrevolutionärer Lodspißel ist, um die Machenschaften der gerade in Mitteldeutschland eifrig am Werke befindlichen gegenrevolutionären zu verdecken.

Welchen Grad die von der deutschnationalen Abgenepresse betriebene Hege erreicht hat, geht mit aller Deutlichkeit daraus hervor, daß selbst die Polizeibehörden in Halle sich dagegen wenden mußten. Um die maßlos erregte Bevölkerung zu beruhigen, hat der Leiter der Halleschen Polizei die Vertreter der Presse zu einer Besprechung eingeladen, damit sie einige Mitteilungen entgegenzunehmen können über das bisherige Ergebnis der Untersuchung.

Es wurde mitgeteilt, daß drei der Verhafteten, Reich, Kaiser und Engel, bereits wieder entlassen und die anderen je nach Verhaftungsstand in die Haft genommen wurden. Einem der Verhafteten, dem Schloffer Graf, ein- gesandt haben soll, den Auftrag gehabt zu haben, den Lodspißel hartnäckig zu töten. Davon, daß auch andere Personen gewaltsam beseitigt werden sollten, sei bei den Vernehmungen niemals etwas erwähnt worden. Für diese Behauptung sei nicht der geringste Anhaltspunkt vorhanden.

Ein ebenso unerschämter Lodspißel ist die Behauptung, daß bei den Verhafteten Flugblätter gefunden worden seien, die darauf schließen lassen, daß in nächster Zeit größere Putschaktionen zu erwarten seien. Die Polizei sagt dazu, daß in den Flugblättern nichts davon stehe, daß in nächster Zeit Putsche angestrebt werden sollten. Alle übrigen Enthüllungen, so sagt die Polizei, seien entweder vollkommen haltlos oder bedürften erst noch eingehender Untersuchung.

Es liegt übrigens ganz sichere Anzeichen dafür vor, daß die ganze „Modaktion“ und die ihr folgenden Kommunistenverhaftungen noch einem vor mehreren Wochen bis ins kleinste ausgearbeiteten Plane angelegt worden sind — von der berüchtigten Antikommunistischen Liga, die sich schamhaft Liga zum Schutze der deutschen Kultur nennt. Die bürgerlichen „Ordnungs“-organisationen haben die Stadt Halle in genau abgegrenzte Bezirke eingeteilt, die Häuser, in denen Vertrauenspersonen der Kommunisten und Unabhängigen wohnen, sind durch bestimmte unauffällige Zeichen kenntlich gemacht. Wir werden in Kürze den bündigen Nachweis liefern, daß in Halle in der Tat eine Mörderzentrale besteht oder zum mindesten bestanden hat: eine gegenrevolutionäre Mörderzentrale, deren erstes Opfer unser Genosse Reschberg geworden ist, den man des Rauchs erschoss und in die Seele warf.

Ich weigerte mich, meinen Namen für eine „Mutter“-Gleich- konferenzheft herzugeben, was mir sofort für 200.000 Dollar Aktien eingebracht hätte. Etwas später schlug ich das Angebot aus, meinen Protest gegen den weißen Sklavenhandel in ein geschicktes verführerisches pornographisches Buch zu verwandeln, wofür mir bei Unterzeichnung des Vertrages dreihunderttausend Dollar geboten wurden. Etwas ein duzendmal wurde mir vorgelesen, meine Damen auszuführen, falls ich sie umschreiben und die sozialistischen Tendenzen freilegen würde. Das gleiche gilt von der Verfilmung meiner Werke, um die sich Leute bewarben, deren Einkommen nach Millionen zählten.

Von meinem literarischen Erfolg lebte ich in New York von viereinhalb Dollar die Woche; etwas später erhielt ich Frau und Kind von dreißig Dollar im Monat. Seit meinem Erfolg war es mir möglich, von meiner Arbeit anständig zu leben, doch habe ich meist mehr auf die „Sache“ verwendet, als ich besaß. Da ich dies schreibe, besteht mein Vermögen aus 10 Dollars, eilichen alten Kleibern, aus zweiter Hand gekauften Möbeln, die etwa zweihundert Dollar wert sind, und aus eilichen hundert Büchern. Wenn ich mich aber erhebe und zugunsten der Lohnslaven meines Landes meine Stimme laut werden lasse, so lese ich unfehlbar über mich selbst, daß ich ein Agitator aus Profitgier bin. Wunder es Sie, daß die Diktatoren unter solchen Umständen auch der radikalste Wurm sich trümmen und beißen möchte?

Stauben Sie etwa, ich würde mit diesen Gefährten vereinigt das Nicht im geringsten. Es gibt hunderte gleich mir; vielleicht nicht alle so berüchtigt, vielleicht nicht alle so bereit, jede Rücksicht auf bürgerliche Respektabilität fortzuwerfen, wenn es gilt, einen Schlag gegen die Ausbeuter des Welt- proletariats zu führen; doch sind sie alle bereit, für die Sache der Gerechtigkeit Opfer, Geldopfer zu bringen.“

Die Regierende sollte nicht den Heellen Zweck ihrer Veran- haltung, ein umfassendes Bild des Meisters zu entwerfen und ein Geheimnisbuch für verschlossenes Empfinden zu werden. Das Orchesterkonzert, das die „Suite im alten Stil“ und die „Reichs- den-Varialionen“ brachte, wurde etwas temperamental von Leo Weid geleitet. Claire Dux lobte mit einigen wohllos zu- sammengesetzten Liebern. Nur die inbrünstige Geige Wolf Busch vermochte in der Kreie für Orchester und in der Stimme Op. 117 tiefste Durchdringung hervorzuzaubern. — Weit glücklicher war die Zusammenstellung des Kammermusikabends. Das Klavierquartett spielte das schätzbare Kammermusik-

## Er sammelt.

Der arme „Vorwärts“ ist in großer Verlegenheit. Er darf über den Fall Reinhard eigentlich nichts mehr schreiben. Er darf nicht einmal die Prügel quittieren, die er dafür einstecken muß. Andererseits fürchtet er sich vor seinen Lesern, denen er die neueste Entwicklung des Falles unterzählt. Deshalb berichtet er zwar kein Wort über das neue Interview mit Reinhard, er erzählt aber, daß Herr Reinhard die Unterredung mit Fischart befreit. Natürlich können die Leser keine Ahnung haben, worum es sich in Wirklichkeit handelt. Immerhin bedeutet diese Mitteilung einen kleinen Fortschritt. Der „Vorwärts“ schweigt nicht mehr, er sammelt bereits. Wir denken, wir werden ihm die Junge noch vollends lösen.

Schweigt der „Vorwärts“, wo er reden sollte, so wagt er zu reden, wo er schweigen müßte. Herr Gorden, der vor dem Kriege und bei seinem Beginn die Anschauungen des deutschen Imperialismus mit aller Rücksichtslosigkeit verfolgte, hat sich noch während des Krieges gewandelt die Kriegspolitik bekämpft und mit großer Schärfe eines pazifistischen Standpunkt vertreten. Ein Herr Thimme hat diese ohnedies bekannte Tatsache in einer ganzen Broschüre auseinandergesetzt. Der „Vorwärts“ erlaubt sich nun Gorden „widerliches Renegatentum“ vorzuwerfen. Da muß denn doch gesagt werden, wenn rechtssozialistische Zeitungs- schreiber und noch dazu die Koskelluli vom „Vorwärts“ sich erheben, irgend jemand Renegatentum vorzuwerfen, so ist das schon eine nicht mehr zu überbietende Unverschämtheit. Diese Leute, die sich als Sozialdemokraten und linken Sozialisten und zu den strupellosten Verteidigern der Kriegspolitik „entwickelt“ haben, haben zu schweigen, wenn von Gefühmsfragen gesprochen wird. Das würde noch fehlen, daß sich dieses Gefindel als Sittenrichter aufspielt!

## Roske über die Pressefreiheit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt mit, daß Roske auf die Anfrage des Abg. Dr. Semmler und Genossen über das Verbot der „Schlesischen Tagespost“ folgende Antwort gegeben hat:

„Das Verbot der „Schlesischen Tagespost“ ist aufgehoben worden. Die Regierung ist gewillt, nach wie vor die Freiheit der Presse zu schützen. Sie bei- dauert es aufs tiefste, wenn Regierungsstellen glauben, mit Rücksicht auf die gefährdete Lage des Reiches gelegentlich gegen Zeitungen einschreiten zu müssen. Das wird vermieden werden können, wenn allgemein von der Presse dem Geist der Verhält- nisse Rechnung getragen wird.“

Die „Schlesische Tagespost“ ist eine berrschatio- nale Zeitung. Daraus erklärt sich diese Verbeugung des Herrn Roske vor ihr. Sie beweist gleichzeitig, daß sich die Unterdrückungsmahnahmen der Regierung eigentlich nur gegen unabhängige und kommunistische Zeitungen richten sollen.

## Niederländisches Hilfswort für Deutschland.

Die Zeitung des Niederländischen Roten Kreuzes fordert in einem Rundschreiben zu einem Hilfswort für Deutschland auf. In diesem Rundschreiben wird auf die traurigen Lebensmittellverhältnisse und auf die erschreckende Zunahme der Sterblichkeit in Deutschland hingewiesen. Es besteht die Absicht, das Hilfswort im Einvernehmen mit den deutschen Behörden zu generalisieren und die aufzukaufenden Lebensmittel nach zwei noch näher zu bestimmenden Orten, ver- muthlich in Thüringen und im Harz, zu schicken. Dort würden die unterernährten Kinder von den deutschen Behörden in be- sonders großen Einrichtungen untergebracht werden, und die Ver- teilung der aus Holland kommenden Lebensmittel an Ort und Stelle unter niederländischer Kontrolle vor sich gehen.

Für Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen sind die Herren Worslawski, Korsantny und Diamant von Polen nach Berlin abgereist.

in Es. Klangeinheitlicher gelang das Streichtrio in A-Dur. Mo- numental ergriff die Wiedergabe der auswählenden Passacaglia und Fuge Op. 98 für zwei Klaviere, die in die Meisterhände der Regenerkinderin Frieda Moos-Hodapp und James Awastis gelegt war. Elena Gerhardt sang aus den schönsten Regersliedern. Der letzte Abend war dem Kirchenmusiker Regner geweiht. Hier vermehrte man am stärksten die Gewaltwerke des Meisters. Die Choralkantate „O Haupt voll Blut und Wunden“, die von dem Stimmbossen Thor der Gedächtnisrede gesungen wurde, bildete den Ausklang.

## Von Schlössern, Fürsten und Revolution.

Täglich rollen grobe Möbelwagen nach Schloss Doorn in Hol- land. Sie bringen — so berichten Amsterdamer Blätter — Möbel und anderes Umzugsgut des landflüchtigen Kaisers Wilhelm d. Hohenzollern dort hin. Sie dürften nicht schlecht gefüllt sein, denn diese Familie hat von jeder für sich zu sorgen gewußt. Es ist natürlich alles „Privateigentum“, das geschützt werden muß. Die Regierung erklärt man, daß Wilhelm noch immer einen „Hof- kaiser“ besitzt, für den er die Willen rings um Schloss Doorn an- kauft hat. Er sagte, er wolle als „kaiserlicher Lord edelmann leben. Landmann genügt nicht. Gott sei Dank, wer sein Geld rechtzeitig ins Ausland in Sicherheit gebracht hat — nur Amerikaner hatten Geld und trafen dem kriegsnotleidenden Staat abzuliefern — kann sich dort trotz der Pleite-Baluta noch was recht hübsches kaufen. Nun kann der deutsche Mittel wieder mit seinem Inwarden Waren getrost schlafen gehen: Wilhelm braucht nicht zu verban- gen. Der Frack Speizer, der sich mit Reinhard und Georgel- romus nach seinem Kaiser zurückzieht, hat längst vergessen, wie man das Berliner Schloss in den ersten Revolutionstagen mit Nierenhamstervorräten besetzt hatte, die Tausenden von Familien das Hungergegend hätten verschunden können. Die neue deutsche Regierung will ihm nichts vor, sie will ihm noch alles nach. Lieb' immer Frau und Reichheit. Gott erhalte...“

Es wird zur Verurteilung der Gemüter regierungsoffiziell mitgeteilt, daß man bestrebt sei, die ehemals königlichen Schlösser der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Wie geschieht das? Was nicht beschlagnahmtes Privateigentum der Schlösser und allerhöch- sten Herrschaften ist — gleichfalls, welche Raubritter ihre Schatzkammern waren — wird zu „Burgungswesen“ eingerichtet. Es soll nämlich noch immer Geheime und andere Posthalternde be- ante geben, die noch keine wünschenswerte Umdehnung haben für Obdachlose können Schlössern für Wohnstätten

## Hyton Sinclair.

Der Verfasser unleser am 1. Oktober Beginnenden sozialistischen Romans „Jimnie Higgins“ schreibt über sich selbst (sein neuer großer Roman, dessen Abdruckrecht wir im Manuskript erworben haben, ist in Buchform noch nicht erschienen):

„Ich will etwas Selbstloses tun; ich will Ihnen Tatsachen berichten, über einen der vielen tausend Männer, die zu ihrem Glanzen geklaffen haben; über den einen Mann, den ich von Grund auf kenne; mich selbst.“

Ich bin vierzig Jahre alt und habe mich seit meinem fünf- zehnten Jahre mit meiner Feder erhalten. Seit meinem zwanzig- jährigen Jahre galten meine Arbeiten ausschließlich dem Werke der Menschheit, waren ein Teil des Klassenkampfes. Ich durfte mir gestalten, neulich einem Journalisten zu sagen, daß ich seit zwanzig Jahren keine Zeile geschrieben habe, an die ich nicht auch glaubte. Wohl habe ich viele Zeilen geschrieben, deren literarischen Umwert ich anerkennen muß, denn ich war in dieser Zeit viel krank und fast immer arm, doch bin ich meiner Ueberzeugung stets treu geblieben. Ich wurde berüchtigt; vielleicht auch etwas berüchtigt, und schließlich brachten mir meine Bücher viel Geld ein. Für eines meiner Bücher bekam ich 30.000 Dollars, und mit diesem Geld gründete ich sofort eine sozialistische Kolonie, die bereit organisiert war, daß ich daran unmöglich profitieren konnte. Sie brannte ab, ich verlor fast alles, und mußte von neuem beginnen. Als ich wieder einmal Glück hatte, landete ich in Kalifornien ein sozialistisches Theaterunternehmen. Nachdem ich die aus diesem Unternehmen erwachsenen Schulden bezahlt hatte, raffte ich mich ein drittes Mal, auf und versuchte für die Sklaven der Colorado-Bergwerke Gerechtigkeit aber zumindest ein Bruchteil Gerechtigkeit zu erlangen.

Ich bin egoistisch genug, um als unbestreitbar anzunehmen, daß hätte ich durch zwanzig Jahre mit der gleichen Energie, Fähigkeit und dem gleichen Eifer für Geld gearbeitet, die ich auf meine sozialistischen Bücher und hunderte von sozialistischen Pro- paganda-Artikeln verwendet habe, so würde ich heute ein schwe- rerer Mann. Als ich siebzehn Jahre alt war, bot mir ein wohl- habender Verwandter ein hohes Gehalt und den lebenden Boden bei der zu errichtenden Partier Millale einer Aktiengesellschaft an. Mit sechszwanzig Jahren schlug ich ein Jahresgehalt von zehntausend Dollar als Leiter des Annoncenwesens eines unfer- nsten größten Magazins aus; desgleichen das ebenso dotierte Angebot, für eine unferne großen Orchestermusiker Zeitartikel zu schrei-

## Brotgetreidestiefungen nach dem Auslande.

Wenn irgendwo einige Arbeiter streiken, so erhebt die Presse ein wütendes Geschrei über diese Verhinderung an der Volksgemeinschaft. Wenn die Agrarier streiken und das für die Ernährung des Volkes nötige Getreide nicht abliefern, so begegnet dieses Verhalten wohlwollendem Verständnis. Selbst nachdem den Landwirten durch die Gewährung von Druschprämien für Getreide eine wesentliche Erhöhung des Preises aus den Kassen der Allgemeinheit bewilligt worden ist, ist die Ablieferung nicht wesentlich gestiegen. Dafür kommt jetzt die interessante Mitteilung, daß die Landwirte im Westen des Reiches das Brotgetreide aus der diesjährigen Ernte in ungeheuren Massen nach dem Auslande schmuggeln. Dadurch erzielen die rheinischen Bauern rund das Doppelte der vom Deutschen Reich gezahlten Höchstpreise. Die holländischen Käufer sind willige Abnehmer, da sie infolge des Höchststandes des holländischen Geldes das Getreide trotz der noch deutschen Verhältnissen hohen Preise spottbillig erhalten und durch den Wiederverkauf an die holländische Regierung bedeutende Gewinne erzielen.

Wir haben auf die Gefahr des Getreideschmuggels nach dem Auslande bereits vor Wochen aufmerksam gemacht. Aber wie immer in Fällen, in denen die Staatsgewalt mit den Interessen der Besitzenden in Konflikt gerät, so verfährt sie auch in diesem Fall. Die Regierung sieht diesem profitlüsternen Treiben der Landwirte und der Händler, das eine schwere Gefährdung der Brotversorgung der Bevölkerung bedeutet, völlig tatenlos zu.

Und die bürgerliche Presse, die gegen streikende Arbeiter die allerhöchsten Maßnahmen fordert, begnügt sich damit, einfach die Tatsache dieses an Landesverrat grenzenden Verhaltens zu registrieren.

Wir sind weit entfernt davon, uns über dieses treue Handhandarbeiten von Besitzenden, bürgerlicher Presse und Staatsgewalt zu entrüsten. Wir wissen zu gut, daß sie alle nur den Schutz der Interessen der Allgemeinheit im Munde führen, in Wirklichkeit aber vereint den heiligen Profit zu schützen suchen, und infolgedessen immer nur davon denken, wie sie die Bestrebungen der Arbeiterschaft wirksam bekämpfen können.

## D'Annunzios Abenteuer.

### Kämpfe zwischen Italienern und Südslawen.

Das Abenteuer d'Annunzios scheint sich immer weiter auszuweiten. Zwar befindet sich die Nachricht von der Besetzung weiterer dalmatinischer Städte nicht, immerhin haben die Italiener die Stadt Trau besetzt. Aus einem Ausruf, den d'Annunzio an die dalmatinischen Brüder gerichtet hat, geht hervor, daß er auch die Städte Zara, Spalato, Sebenico und die andern Schönebergstädte an der adriatischen Küste für Italien reklamiert.

Inzwischen ist es zu Kämpfen zwischen südslawischen und italienischen Truppen gekommen, wobei es gelang, die Italiener aus Trau zu vertreiben. Die Südslawen wurden von einem amerikanischen Torpedobootsgefecht unterstützt, dessen Besatzung die Stadt übergeben hat. Die jugoslawischen eingetroffenen serbischen Truppen wurden von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Die Südslawen verfolgten die Italiener über Trau hinaus und setzten ihre Aktion fort.

In engem Zusammenhang mit den Sellensträngen d'Annunzios muß die Regierungskrise in Italien betrachtet werden. Durch diese Rückschläge sind zu den schon bestehenden inner- und außenpolitischen Schwierigkeiten Italiens neue Verwicklungen eingetreten. Besonders wird die Lösung der Adriafrage, die in einem für Italien günstigen Sinne vorgehen war, stark beeinträchtigt. Aber darüber hinaus machen sich in Italien starke Versäufelungen bemerkbar. Eine immer größere Unzufriedenheit in Oer und Flotte greift um sich. Der „Avarci“ bezeichnet die gegenwärtige Lage als den Entscheidungspunkt.

allerlei in Betracht, natürlich nur aus Heilungs- und sonstigen Schwierigkeiten. Die lösen sich viel leichter in Worten, als in der Kasserbüchsen, Bodenmannern usw. Ueber die Schiffe, soweit sie leerstehen und betriebsfähig sind, wird in möglicher Weise weitgehend „sozial“ verfahren. Das preussische Finanzministerium sagt es. Kulturträger müssen geschützt werden. Wollen wir in den Schiffen zunächst mal nur der Provinz Brandenburg nachhelfen, so und wenn sie außer den in ihnen unabweisbar wohnenden Beamten zugute kommen? August wird nicht mehr getrieben. Wetten, daß...

Die deutschen Märkte — wir haben sie glücklich noch fast alle da — überbieten sich an edlem Geschicksgelb, wenn es gilt, ihr Schicksal und Tugend zu bringen. Sie transportieren nicht nur Brillanten und Geld durch die Luft nach Danemark und der Schweiz. Der Großherzog von Oldenburg hat den wertvollsten Teil der alten Bilder der Gemäldegalerie über die Grenze nach Holland bringen lassen. Die Verhandlungen mit der Landesvertretung über die Uebernahme der Bilder durch das Land wurden von ihm kurzerhand abgebrochen. In der Sammlung befanden sich unter diesen anderen hervorragenden italienischen und holländischen Bildern auch fünf kostbare Rembrandts. So mögen diese „Landesbesitzer“ noch heute mit dem Nationalgut zu wirtschaften, in dessen die Sachwalter des deutschen Volkes noch immer „gekröntes“ Eigentum schützen. Mit dem monarchischen „Gangut“ bleibt auch die deutsche Unkenntnis und Dummheit geschicklich geschützt. Daran hat auch die sogenannte Revolution kein Mittelchen geändert.

Das Friedrich-Wilhelms-Theater hat eine schließliche Gratifikation in drei Akten aus der Versenkung befohlen: „Gretchen“ von Dohes und Lischütz. Es ist eine respektvolle Trommel auf den bürgerlichen Diebstahl, gefallene Mädchen, heimtückliche „Sittlichkeit“ und Jugendblinde. Die allzu breit angelegte Theaterlichter wirkt freilich mehr zottig als satirisch, mehr lästern als witzig. Aber das Publikum ließ sich, wie schon früher, diesen Nihil gern gefallen. Es wurde mit Ausnahme eines Herrn Rattner, der sich aufsehend auf einer Gartenbühne dünkte, gut, aber zu schleppend empfunden. Die Titelrolle gab Hilde Engel mit Geschick und Gespür. Die Titelrolle gab Hilde Engel mit Geschick und Gespür. Die Titelrolle gab Hilde Engel mit Geschick und Gespür. Die Titelrolle gab Hilde Engel mit Geschick und Gespür.

Die Eröffnung des Eden-Theaters ist auf den 1. Oktober verschoben worden.

Gerhart Hauptmanns „Hinterland“, bisher nirgends aufgeführt, soll im Weimarer Nationaltheater aufgeführt werden.

rampf unter den bürgerlichen Parteien, die sich gegenseitig aufreiben. Der Sozialismus dürfte sich aber in diese Gegenstände nicht hineinmischen, bevor seine Stunde gekommen sei.

## Streik nationaler Angestellten.

Jeden Streik von Arbeitern und Angestellten registriert die bürgerliche Presse sehr sorgsam, um daraus Kapital gegen die Arbeiterbewegung zu schmieden. Aber es gibt doch noch Streiks, die die bürgerliche Presse, und insbesondere die Presse der rechten Nationalisten totschweigt. Seit dem 26. September befinden sich sämtliche Angestellte der Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte im Streik, weil der Obmann und ein weiteres Mitglied des Angestelltenausschusses, die 12 bzw. 20 Jahre bereits dort tätig sind, gemahnt wurden. Von diesem Streik erfahren selbstverständlich die Leser der bürgerlichen Presse nichts, denn sonst würden sie ja vielleicht zu der Einsicht kommen, daß nicht nur „Freude an der Zerrüttung des Wirtschaftslebens“ die Angestellten und Arbeiter zum Streik veranlaßt, sondern daß es das brutale Marktzwang und die Willkür der Unternehmer ist, die die Angestellten und Arbeiter zwingt, zu dieser Waffe zu greifen.

Für die Angestellten sollte aber das Totschweigen dieses Streiks, dessen Führung sogar in den Händen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes liegt, ein Zeichen sein, daß selbst ihre nationale Befinnung sie nicht davor schützt, daß ihnen in ihren wirtschaftlichen Angelegenheiten genau dieselbe Gegnerschaft der von kapitalistischen Interessen beherrschten Presse entgegengebracht wird wie allen übrigen Arbeitern und Angestellten.

## Die Washingtoner Arbeiterkonferenz.

### Deutschland und Oesterreich zugelassen.

Die B. P. N. melden, daß jetzt eine amtliche Mitteilung aus dem Munde des französischen Arbeitsministers Colliard vorliegt, aus der hervorgeht, daß die Entente in der Frage der Zulassung Deutschlands und Oesterreichs zur Washingtoner Arbeiterkonferenz eine Sinnesänderung vollzogen hat. Bei Besprechung des Friedensvertrages in einer der letzten Kammerberatungen erklärte der Minister Colliard:

„Wir waren fünf große Industriemächte, denen die Aufgabe zufiel, ein internationales Arbeitsstatut festzustellen. Wir konnten jedoch nichts für die anderen Staaten nach dieser Richtung hin mit Befehlsgewalt beschließen. Was haben wir also getan? Wir haben entschieden, daß wir baldigst die anderen Länder in einer demnächstigen Konferenz in Washington vereinigen würden. Und unter diesen Ländern haben wir auch Deutschland verstanden. Wir konnten eben nicht für andere Länder Gesetze machen, ohne sie zu befragen.“

Auf den Einwurf eines Abgeordneten hin betonte der Minister noch einmal, daß Deutschland in der Gesellschaft der Nationen zugelassen werden soll, um im Punkt der Organisation der Arbeit mitzubekommen, und führte aus:

„Wäre es möglich gewesen, irgendeinem Lande eine Befehlsgewalt auszusprechen, an der anzuknurren es nicht betonen gewesen wäre? Die Kommission hat nicht so gedacht. Deutschland und Oesterreich werden also nach Washington aufgefördert werden. Die Tagesordnung für die Konferenz vom 29. Oktober ist schon festgesetzt, warten wir die Ergebnisse dieser ersten Rundgebung ab, um über das soziale Wert des Vertrages zu urteilen.“

Nach diesen Aussagen des französischen Arbeitsministers scheint es nun endgültig festzustehen, daß Deutschland und Oesterreich zu der Konferenz eingeladen werden. Dieser Entschluß der Alliierten ist deshalb sehr zu begrüßen, weil bei einer etwaigen Ausschließung der Deutschen und Oesterreicher die Arbeiter dieser Länder der Konferenz nur mit Mißtrauen gegenüberstehen könnten.

## Der Kampf gegen die Betriebsräte.

Ein neuer Gegner ist den Betriebsräten entstanden in der „Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie“. Die Vereinigung hielt am Mittwoch im „Rheingold“ eine Versammlung ab, in der folgende Resolution beschlossen wurde:

„Die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie sieht in dem vorliegenden Gesetzentwurf über Betriebsräte ein Gesetz gegen die leitenden Angestellten. Sie erwartet von der Nationalversammlung, daß sie in dem Gesetz den leitenden Angestellten die ihnen gebührende Stellung einräumt und ihnen insbesondere die Möglichkeit bietet, auch in den Betriebsräten sich und Stimme sowie einen ihrer Bedeutung entsprechenden Einfluß zu erhalten.“

Die „Vereinigung“ hat der Regierung einen Gesetzentwurf eingereicht, in dem die Stellung der leitenden Angestellten zur Betriebsrätefrage näher erläutert wird. Was diesen Gegenstand betrifft, kennt, mag die obige Resolution harmlos finden. Aus ihm geht aber hervor, daß sich die vereinigten leitenden Angestellten mit den Unternehmern solidarisch fühlen. Ihre Argumentation bezieht sich fast mit der des Herrn von Siemens und der übrigen Scharmacher.

Abkennung der Arbeit in der Post- und Eisenbahnverwaltung. Die Logung der Betriebsräte der Post- und Eisenbahnverwaltung Bayerns erkannte die Kommandantur einer restlosen Befehlsgewalt zur Wiederherstellung des Wirtschaftslebens an, lehnte jedoch eine Uebernahme der Arbeit ab.

Die Beamten in Belgisch-Kongo drohen mit dem Generalstreik, falls die belgische Regierung weiter zögert, eine Befestigung der Lage des Personals in Kongo herbeizuführen.

Zur endgültigen Regelung der Lohnhöhe für die Bergarbeiter finden in Offen Verhandlungen zwischen Unternehmer und Arbeiterverbänden statt. Die Lohnbedingungen sollen vom 1. Oktober ab geglättet werden.

Der Wiener Straßenbahnverkehr wird am Montag wieder aufgenommen werden, nachdem gestern tschechischerseits Zusicherungen für eine erhöhte Kohlenlieferung gemacht wurden. Dagegen wird auf allen Bahnen Deutschösterreichs der Sonntagverkehr eingestellt werden.

Die Kohlenförderung in Oberschlesien ist im Steigen begriffen. Dagegen trägt die geringe Wagenentlastung außerordentlich zur Beeinträchtigung des geordneten Abtransportes bei. Die Halben sind demnach angewiesen, daß sie einen geordneten Betrieb nicht mehr zulassen. Seit Montag sind für eine Reihe von Stunden keine Wagen zum Abtransport gestellt worden, so daß die Kohlenbezugsorgane vollständig brach liegen.

## Die Bewegung in der Metallindustrie.

Seit gestern sind insgesamt 1700 Streikende neu hinzugekommen. Ausgesperrt wurden in der Firma Schwarzkopf weitere 1000 Arbeiter, bei Behrmann weitere 300, bei Dollmer weitere 80 Arbeiter. Im übrigen ist die Situation unverändert.

### Die Solidarität der Angestellten.

Die Vertrauensleute der in der Metallindustrie beschäftigten Angestellten hielten gestern eine Versammlung ab, in der Genosse Topf über den Streik der Metallarbeiter sprach. Auf Vorschlag des Genossen Fritsch Schmidt vom Zentralverband der Angestellten wurde eine permanente Angestellten-Kommission gebildet, um die dauernde Führung der Angestellten mit der Streikleitung der Metallarbeiter aufrecht zu erhalten. Eine Resolution wurde angenommen, die den streikenden Metallarbeitern die volle Sympathie der Angestellten ausdrückt.

### Gegen die Verbredungen!

Der Arbeiterrat der Firma Zwietsch u. Co., Telephon-Apparate-Fabrik, sendet uns folgende Zuschrift:

In den bürgerlichen Mittern erscheint eine Kotiz in der Absicht, die Bewegung in der Metallindustrie zu diskreditieren, um weiteres Umsichgreifen des Metallarbeiterstreiks zu verhindern. Aus diesem Grunde greift man zu unläuteren Mitteln, indem man in den Tageszeitungen: „Berliner Lokal-Anzeiger“, „Berliner Volkszeitung“ unwarke Kotizen über beabsichtigte Abstimmungen in den Betrieben veröffentlicht. Diese Abstimmungen sollen auch angeblich bei uns, bei der Firma Zwietsch, stattgefunden haben. Wir sind von einer Abstimmung in diesem Falle gar nicht unterrichtet. Es hat weder eine Abstimmung stattgefunden, noch ist eine bewußte oder angebliche Majorität gegen die Metallarbeiterbewegung vorhanden. Wir möchten hier ausdrücklich feststellen, daß nur aus rein taktischen Gründen bisher unsere Funktionäre und die Belegschaft sich abwartend verhalten haben. Die Arbeiterschaft der Firma Zwietsch wird in Aktion treten, wenn die Situation für sie gegeben erscheint.

## Gewerkschaftliches.

### Bedrohender Streik Berliner Lehrer.

Was noch nicht dagesprochen ist, hier in Berlin eingetreten: die Dozenten an den staatlichen Sonderlehrgängen für Kriegsfeminaristen haben beschlossen, am 1. Oktober den Unterricht niederzulassen, da sie für die Unterrichtsstände nur 250 M. erhalten sollen. Die geforderte Summe von 300 M. für die Jahreslöhne ist vom Finanzministerium nicht bewilligt worden. „Sie müssen doch die schlechte Finanzlage des Staates verstehen und deshalb ihre Forderungen zurückstellen!“ war die Antwort. Ja, die Finanzen des Staates sind schlecht, muß aber hier gespart werden, wo es sich um die Ausbildung unserer jungen Lehrer handelt? Könnte nicht bei den Freiwilligen, die immer noch in Bitauen stehen, um das Land vor dem Bolschewismus zu „schützen“, gespart werden? Müßen wir so vielen reaktionären Offizieren eine doch sehr gut bezahlte Stellung in dem neuen Heere bieten?

Die Kriegsfeminaristen haben ein gutes Recht, zu verlangen, daß der Unterricht nicht durch falsches Sparen unterbrochen wird. Auch den Seminaristen wird es immer mehr bewußt, wie weit die „sozialistische“ Regierung die so oft betonte Hebung des Lehrstandes und Ausbau der Schule in Wahrheit betreibt und daß sie nur an der Seite des Klassenbewußten Proletariats ihren Weg zur Hebung der deutschen Volksbildung zurücklegen können.

### Das Mitbestimmungsrecht der Angestellten der Kriegsorganisationen.

Seit Monaten kämpfen die Angestellten um ihr Mitbestimmungsrecht. Sie haben diesbezüglich den Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser hat, nachdem die Geschäftsleitungen dem Mitbestimmungsrecht zugestimmt hatten, unter dem 21. Juni bzw. 17. Juli d. J. den Angestellten das Mitbestimmungsrecht zugesprochen. Die zuständigen Aufsichtsbörden verweigerten ihre Zustimmung. Daraufhin wurde beim Reichsarbeitsministerium ein Schlichtungsausschuß unter einem unparteiischen Schiedsrichter, Regierungsrat Haumann, gebildet. Dieser trat unter dem 1. September d. J. über Abänderung der obigen Entscheidung einen neuen Schiedspruch über das Mitbestimmungsrecht. Auch dieser Schiedspruch ist von den Reichsämtern bisher nicht anerkannt worden, obwohl bereits 4 Wochen verstrichen sind. Die Geschäftsleitungen wollen auch ihrerseits diesen Schiedspruch, solange er von den Reichsämtern nicht anerkannt wird, nicht annehmen.

Wir fragen uns, zu welchem Zwecke schaffen die Regierungen Verordnungen und Gesetze, wenn sie sie selbst nachher nicht anerkennen wollen? Kein Wunder dann, wenn die Privatunternehmer diese Entscheidungen nicht anerkennen.

Und scheint es, daß die Einrichtung der Schlichtungsausschüsse und des Demobilisationsamtes nur deshalb im Interesse der Arbeitnehmer getroffen worden sind, um die Rechte der Arbeitnehmer zu verdrängen?

Die Arbeiterräte der Kriegsorganisationen haben deshalb in ihrer letzten Sitzung gegen dieses Verfahren und gegen die Verschlechterung des Mitbestimmungsrechtes gegenüber dem Spruch des Schlichtungsausschusses den schärfsten Protest erhoben. Nur unter dem Druck des geplanten Abzuges der Kriegsorganisationen wurde der Schiedspruch vom 1. September d. J. angenommen, besangen aber, daß die Aufsichtsbörden, die Reichsämter, nunmehr unerschrocken dem Schiedspruch des unparteiischen Schlichtungsausschusses zustimmen oder sofort erklären, warum sie ihre eigenen Verordnungen nicht anerkennen.

Die Kraftfahrer beschäftigten sich in einer überfüllten Versammlung am Dienstag mit der stützhaften Kraftfahrerkonferenz. Sie hat für den Aufnahmestruk nährbringende Arbeit geleistet. Die einzelnen Ortsvereine treten zum 1. Oktober zum Transportarbeiterverband über. Eine Reichsdelegationsleitung aus Kraftfahrern soll gebildet werden. Die Fahr- und Fahrschulen müßten in städtische Regie genommen werden. Täglich werden Fahrer ausgebildet, abgesehen 8000 Arbeitslose vorhanden sind. Die Arbeitsnachweisfrage müße durch ein Reichsgesetz geregelt und die Stellenvermittlung restlos beseitigt werden. Von der Regierung werde die sofortige Sozialisierung der gesamten Verkehrsvergeugung und das Verbot der Abgabe von Verkehrsflächen an Luftfahrzeuge sowie die Uebernahme des gesamten Fuhrwesens durch den Staat gefordert. Das Verbot des Fliegens für Luftschiffe und Flugzeuge wegen Benzinmangels werde nicht eingeführt.

Eine Parteiführer Branchensammlung der Metallarbeiter, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nahm Stellung zu dem Schiedspruch, der nach lebhafter Diskussion einstimmig abgelehnt wurde. Auf Grund des Schiedspruches vom 21. August 1919, der fünf Lohngruppen für die Berliner Metallindustrie vorsieht, kommen für diese Branche folgende Forderungen in Betracht: Metallarbeiter, Galvaniseure und Brenner 3,20 M., Feuerwerker, Feuerzerleger 3,10 M., Arbeiter sowie Arbeiter am Sandstrahlgebläse 2,70 M., Arbeiterinnen erhalten 25 Proz. der vorgenannten Löhne. Des weiteren wurden Beschaffungen zur Lohnkommission vorgenommen. Es wurden gewählt Sonnenberg, Dast, Bötcher und Kierßen.

